

Da waren's nur noch neun

VON JOSEF JOFFE

Zwölf kleine Europäerlein waren es seit Jahresbeginn; jetzt sind es nur noch neun. Anders als in dem Kinderlied werden die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft zwar nicht weniger, das Gewicht der EG wird aber nicht unbedingt mehr. Zwar haben sich am 1. Januar Spanien und Portugal dazugestellt, zwar beschlossen die Regierungen im Dezember ein wortreiches Reformprogramm (von 46 Seiten), doch wollten am Montag nur neun der Zwölf unterschreiben.

Der Weg Europas gleicht dem einer Achterbahn. Nach jedem Rückfall in die Kleinstaaterei erfolgt zwar die *relance*, der Neuanstieg. Nur läßt das Abgleiten nie lange auf sich warten. Allein in den letzten sieben Monaten durchlief die EG den gesamten Zyklus. Im vorigen Monat war die Gemeinschaft wieder auf dem Tiefpunkt: Der Ministerrat hatte sich in Mailand zusammengesetzt, um die Rechte und Befugnisse der Gemeinschaft zu erweitern. Nur: Trotz einem Jahr der intensivsten Vorbereitungen gingen die Zehn im Eklat auseinander. Sieben hatten für den großen Sprung nach vorn plädiert, drei stemmten sich dagegen: eine merkwürdige Allianz zwischen Griechenland, Dänemark und England.

Doch schon im Dezember war die Taifahrt überwunden. Wieder traf man sich - diesmal in Luxemburg - und mit mehr Erfolg: dem besagten 46-Seiten-Entwurf zur Reform der Römischen Verträge. Und dann ging's auch schon wieder bergab. Ein paar Wochen später sagte das Parlament des kleinsten Mitgliedstaates - Dänemarks - nein zu der bescheidenen Vertragsanstückelung. Dazu soll demnächst Volkes Stimme gehört werden. Am 27. Februar wird ein Referendum entscheiden, ob sich die Dänen in die Mehrheit einreihen werden. Die jüngsten Umfragen scheinen einen glänzenden Sieg für Europa vorauszusagen. Eine Umfrage hat 65 Prozent Befürworter und nur 32 Prozent Gegner ausgemacht.

Wird die EG also schon wieder im Frühjahr aufs neue erblühen? Wenn sich die Zwölf ohne Ausnahme dazu durchringen könnten, ihre Unterschrift unter das Luxemburger Paket zu setzen und hernach in ihren Parlamenten zu ratifizieren, wäre dies nicht bloß eine Reform, sondern eine kleine Revolution. Dreierlei nämlich sollen die Luxemburger Beschlüsse bewirken: einen einzigen europäischen Binnenmarkt bis zum Jahre 1992, mehr Macht für das Europäische Parlament, schließlich ein paar Schritte nach vorn in Richtung mehrheitlicher Abstimmung (bislang kann jede Hauptstadt jede Entscheidung mit ihrem Veto zu Fall bringen).

Das klingt kaum nach Revolution, wäre aber eine. Zwar wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1957 mit dem Ziel gegründet, natio-

nalstaatliche Befugnisse Schritt um Schritt in die Hände eines übernationalen Entscheidungsgremiums - einer Art europäischen Regierung - zu legen. Doch wurde die Konter-Attacke der Staaten schon kurz nach der Geburt der EWG eingeleitet. In einer Briefsammlung Charles de Gaulles, die im vorigen Jahr veröffentlicht wurde, heißt es: „Nun gilt es, das Europa der (zwischenstaatlichen) Zusammenarbeit zu errichten. Dem Europa der (überstaatlichen) Integration wird dann nichts anderes übrigbleiben, als zurückzuweichen.“

Das war 1960. Und obwohl die Abdankung des Generals inzwischen 17 Jahre zurückliegt, obwohl die Zahl der EG-Mitglieder sich seitdem verdoppelt hat, regiert in der Brüsseler Mammut-Bürokratie nach wie vor der Geist de Gaulles. Es gibt keine Gemeinschaft, spricht: eine Institution, die das Interesse des Ganzen über die Partikularinteressen der Nationen erheben könnte. Am Anfang waren es die Franzosen, die Europa im Namen des *sacro egoismo* der Staaten lähmten. Dann bauten die Briten die Hürden auf. Schließlich hißten auch die Musterknaben der europäischen Integration die nationale Flagge - als die Bundesdeutschen im vorigen Jahr zum erstenmal in der Geschichte ihr Veto gegen den Getreidepreis der EG einlegten.

Und nun legen sich die Kleinen quer. Bei aller Aufregung über die Faulheit des Staates Dänemark sollte niemand vergessen, daß Kopenhagen nicht alleine steht. Schon bei der Niederschrift der Luxemburger Reformbeschlüsse im Dezember pochte Athen auf einen Passus, nach dem „die Entwicklung gemeinschaftlicher Politiken und Aktionen... empfindliche Sektoren der Wirtschaft der Mitgliedstaaten nicht berühren“ dürfe. Auf deutsch: Mehrheitsentscheidungen auf dem Weg zum gemeinsamen Binnenmarkt sind zwar gut und schön, aber bitte nicht da, wo wichtige Interessen der Staaten auf dem Spiel stehen.

In den Korridoren des Palais Berlaymont, des EG-Verwaltungsbaus, lebt also der Geist de Gaulles fort. Nur spricht er heute griechisch oder dänisch - und erlaubt es somit den anderen, sich in das Mäntelchen europäischer Tugend zu hüllen. Auch wenn die Dänen nach dem Referendum unterzeichnen, bleiben noch immer die Griechen - und dann zwölf Länderparlamente, die *einstimmig* ratifizieren müssen, was bisher noch kein einziger Staat erlaubt hat: die Beschneidung der nationalen Souveränität zugunsten der europäischen Einigung. Man darf gespannt darauf sein, ob die EG-Achterbahn diesen Punkt je erreichen wird, bevor die Schwerkraft sie wieder in die Taifahrt treibt.